

Auslands-Handelskammern berichten:

Tiefgreifende Strukturreform in Brasilien

Von Dr. Klaus-Wilhelm Lege

SÃO PAULO. Brasilien macht zur Zeit einen enormen strukturellen Veraenderungsprozess durch, der wiederum ein tiefgreifendes Umdenken in Wirtschaft und Politik erforderlich macht. Die von der brasilianischen Regierung unter dem ersten nach fast 30 Jahren direkt gewaehlten Praesidenten Fernando Collor eingeleitete Strukturreform hat eine moderne demokratische Gesellschaft auf marktwirtschaftlicher Basis zum Ziel.

Die bisherige Wirtschafts- und Sozialstruktur leitet sich aus jahrhundertealter Tradition ab. Seit dem Entstehen Brasiliens im 16. Jahrhundert als portugiesische Kolonie wird die wirtschaftliche Unselbstaendigkeit und damit die direkte Abhaengigkeit vom Koenigshof bzw. vom Staat gefoerdet. Ausdruck dieser dirigistischen Wirtschaft sind zum Beispiel die staendige Intervention des Staates, die Erhebung hoher Steuern und sonstiger Abgaben sowie staatliche Kreditaufnahme mit geringen Amortisationsaussichten.

Aus einer solchen Entwicklung ueber Jahrhunderte heraus kann die Tiefe des Volksbewusstseins bezueglich der direkten Abhaengigkeit vom Staat und das lange Beharrungsvermoegen im Status quo verstanden werden. Von 1500 bis heute ist die Geschichte Brasiliens die Geschichte eines Staates mit nur wenigen und unvollkommenen Willensbekundungen des Volkes. Der Staat ist in Brasilien immer dem Volk vorangestellt worden, was in einer ausgepraegten Hegemonie zum Ausdruck kommt. Daraus ist die brasilianische Gesellschaft gewachsen, die in sozialer und kultureller Hinsicht wie auch im politischen System und in der wirtschaftlichen Aktivitaet vom Staat bevormundet wird. Diese Hegemonie wird in der Vergangenheit niemals angetastet. So haengen der gesellschaftliche Status und die soziale Bedeutung schon immer zusammen mit Staatsbuerokratie, Armee und Kirche. Unternehmer haben in der sozialen Hierarchie nur niedrige Stufen eingenommen; in der Galerie bedeutender Persoenlichkeiten Brasiliens gibt es nur sehr wenige Unternehmer, dafuer eine grosse Anzahl von Politikern, Soldaten, Diplomaten, sowie von Intellektuellen und Geistlichen. Ausdruck der brasilianischen Gesellschaftsstruktur sind Staatshoerigkeit, Vorurteile gegen Unternehmer, fehlendes Vertrauen in den Markt, Autoritarismus und die feste Ueberzeugung, dass nur der Staat das Gemeinwohl foerdern kann.

Diese Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur wird nun zum Ende des 20. Jahrhunderts, also nach fast 500 Jahren brasilianischer Geschichte, neu geformt; denn die Regierung Collor hat erkannt, dass

- der Staatsautoritarismus mit zentral gelenkter Wirtschaft in Brasilien versagt
- die vielen dirigistischen Wirtschaftspakete der letzten Jahre keinen Erfolg haben
- der wirtschaftliche Erfolg nur durch Demokratie und Marktwirtschaft mit weltweiten Verbindungen erreichbar ist.

Die Einfuehrung der Marktwirtschaft in Brasilien ist der brasilianischen Tradition fundamental entgegengesetzt und macht eine spezielle politische Strategie erforderlich. Dazu wird das Globalziel einer brasilianischen Wirtschafts- und Sozialreform in einzelne Unterziele zur Vorbereitung von Regierungsentscheidungen und Gesetzesvorlagen aufgeteilt; Mehrheiten im Kongress werden systematisch gebildet. Auf diese Weise kann die Regierung Collor bereits wichtige Teilerfolge verbuchen, und zwar

- weitgehendes Aufhoeren der staatlichen Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen, vor allem Freigabe der Preisbildung
- Deregulierung der Wirtschaft und Abbau von Privilegien sowie Ausrichtung auf Qualitaet, Produktivitaet und Wettbewerbsfaehigkeit

- aussenwirtschaftliche Oeffnung durch Einfuhrerleichterung, insbesondere Zollsenkung
- Beginn der Privatisierung und Internalisierung
- Regelung der Aussenverschuldung.

Die naechsten Teilziele, die sich die Regierung vorgenommen hat, sind:

- Steuerreform mit Verbreiterung der Erhebungsbasis und Reduzierung der Einzelbelastung zur Erhoehung der Staatseinnahmen
- Weitere wirtschaftliche Oeffnung, unter anderem durch Hafenreform und verstaerkten Abbau von Marktreserven.

Dass der richtige Weg eingeschlagen worden ist, wird unter anderem ersichtlich durch

- leicht rueckklaefige Inflationstendenz
- Staerkung der Wirtschaftskraft durch Rationalisierung in Industrie und Handel
- Ansteigen des Zugangs von Auslandskapital, vor allem ueber die internationalen Kapitalmaerkte und die brasilianischen Boersen.

Tiefgreifende strukturelle Reformen vornehmen zu wollen, ist in jeder Gesellschaft - nicht nur in Brasilien - eine enorme Herausforderung. Strukturverbesserungen mit grundlegenden Änderungen nicht nur der Einrichtungen, sondern auch des Verhaltens rufen naturgemäss nicht zu unterschätzende Gegenkräfte hervor, sei es im wirtschaftlichen Bereich bei Unternehmern, die sich zum Beispiel plötzlich der Weltkonkurrenz ohne Subventionen stellen müssen, oder auch im politischen Bereich, wo die Volksvertreter nicht zuletzt aufgrund unpopulärer Strukturmassnahmen verunsichert werden und um ihre Wiederwahl fürchten.

Die Wirkung der ersten Massnahmen dieser tiefgreifenden Strukturreform Brasiliens mit dem Ziel, auf der Grundlage einer Parteiendemokratie die Marktwirtschaft weltweiter Ausprägung einzuführen, wurde anfänglich vom Präsidenten stark unterschätzt; jetzt wird diese Strukturreform aber von der erneuerten und aus einigen erfahrenen sowie wegen ihres hohen Niveaus allgemein anerkannten Politikern und Unternehmern zusammengesetzten Regierung unter Präsident Fernando Collor auch gegen mächtige innenpolitische Widerstände durchgesetzt, die nicht zuletzt in politischen "Affären" zum Ausdruck gebracht

werden. Und hier wird auch der Unterschied zu Mexiko deutlich, wo durch das traditionelle Parteiensystem eine viel breitere Basis fuer die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele vorhanden ist als in der pluralistischen Parteienlandschaft Brasiliens.

Das marktwirtschaftliche System soll Brasilien zu einer anerkannten Industrienation machen; von den Ressourcen her gesehen muesste Brasilien schon lange dazu gehoeren. Darauf wird sich die brasilianische Unternehmerschaft einstellen muessen, von ihr wird langfristiges Denken verlangt und internationale Verantwortung frei von staatlicher Bevormundung, so dass der politische Umbruch auch zum wirtschaftlichen Aufbruch wird.